

Antrag auf Förderung der „PPP-Irrweg-Kampagne“ durch attac Deutschland

Antragsschluss: 19.10.2009

1. Zusammenfassung

Wer: „PPP-Irrweg“ - Bündnis gegen PPP (Public Private Partnership) für öffentliche Dienste und öffentliches Eigentum. Mitglieder: APRI-Netzwerk, AG Argumente von attac Berlin, Bündnis Bahn für Alle, WiB, Filmprojekt Water Makes Money, gegen Privatisierung aktive Einzelpersonen wie Gerlinde Schermer, Werner Rügemer etc.

Was: 9.950.- Euro für 6 Monate (Ausgaben 15.950.- €, Einnahmen 6.000.- €)

- Bundesweite Kampagne gegen PPP (PPP-Irrweg-Kampagne)
- PPP als Begriff mit negativer Konnotation versehen
- Mit der schwarz-gelben Bundesregierung zu erwartende Ausbreitung der PPP-Projekte verhindern: Moratorium für alle PPP-Projekte: alte PPP-Verträge stoppen oder der demokratischen Kontrolle unterziehen und neue, geplante PPP-Verträge verhindern
- Umsetzung des 2. Beschleunigungsgesetzes stoppen: Umsatzsteuerbefreiung für PPP-Projekte verhindern, Entlohnung für PPP-Anträge verhindern etc.

Warum: Finanz- und Wirtschaftskrise ist Folge dramatisch aufgeblähter Finanzmärkte und eines globalen Privatisierungs-Wahnsinns. PPP ist die kommende Variante von Privatisierung. Den haushaltspolitischen Kater nach Bankenrettung und Konjunkturprogrammen wird die Politik zu einer neuen Sparwelle instrumentalisieren. „Leere Kassen“ + Schuldenbremse sind ein Hauptargument für PPP. Anders als bei großer Staatsunternehmen, die für sich Milliardenwerte darstellen, ist das Ziel von der Betreiber von PPP, über hunderte von kleineren Projekten das kommunale öffentliche Eigentum unter ihre Kontrolle zu bringen. Lokaler Widerstand ist bisher schwach vernetzt.

Wie:

- Spektakuläre Auftaktaktion mit Bildwirkung und einer Pressekonferenz (19.11.2009 zum Anlass BPPP Jahrestagung)
- Öffentliche Aktionen zu lokalen und bundesweiten PPP-Anlässen
- Öffentliche Information in einer Aktionswoche an Info-Ständen
- Speakers-Tour
- Sammeln von Unterschriften
- Verbreiterung der Kampagne in ein (Aktions-)Bündnis
- Pressemitteilungen zu PPP-Anlässen
- "Erste Hilfe bei PPP" für die Kommunalpolitiker_innen, Abgeordnete, Ratsmitglieder und andere Entscheidungsträger_innen
- Aufbau und Unterstützung von Netzwerken vor Ort (mit Infos, Kontakten etc.).

Wann: Januar 2010 - Juni 2010, Weiterführung bis Dezember 2010 geplant

Wo: Berlin, sowie dezentral bei lokalen Initiativen, z.B. in Leipzig, Braunschweig, Mühlheim, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Freiburg etc.

Ausgangslage

PPP als Form von Privatisierung hat weltweite und langfristige Folgen

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise ist eine Folge dramatisch aufgeblähter Finanzmärkte, von Spekulationsblasen, die auch infolge eines globalen Privatisierungs-Wahnsinns zustande kamen. PPP ist darin die kommende Variante von Privatisierung. Nach den großen Staatsunternehmen sind nun vor allem das kommunale Eigentum und die kommunalen Haushalte Objekte der Begierde. Allein die Bauindustrie hat sich vollständig umstrukturiert und weist nun zahlreiche spezielle PPP-Tochter-Firmen auf, die Umsatzziele in zweistelliger Milliardenhöhe aufweisen. PPP bereitet die nächste Finanzkrise mit vor. Zertifikate zu öffentlicher Infrastruktur sowie handelbare und durch Forfaitierung gesicherte Zahlungen der öffentlichen Hand über 30-jahreszeiträume füttern die internationalen Finanzmärkte. In der kommenden Blase könnten so anstelle US-amerikanischer Eigenheime die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge einen Teil der Spekulationsmasse bilden.

Wie schädigt PPP die Bürger vor Ort?

- Geheimverträge mit 25, 30 teilweise sogar 40 Jahren Laufzeit höhlen die Demokratie aus und entziehen den Ländern und Kommunen die Möglichkeit, mit öffentlicher Infrastruktur Politik zugunsten der Bürger zu machen
- Öffentliche Infrastruktur wird dabei weit unter Preis vermietet
- Öffentliche Infrastruktur wird durch völlig unzureichende Instandhaltung in der Substanz geschädigt
- Neubau von öffentlicher Infrastruktur erfolgt zu enorm überhöhten Preisen
- Durch die feste Vergabe auch des Betriebs zu starren und überhöhten Preisen wird ein weiterer großer Anteil der öffentlichen Haushalte der demokratischen Teilhabe auf Jahrzehnte entzogen

Einschätzung von PPP in Bevölkerung und Kommunen

Privatisierung an sich ist mittlerweile in breiten Bevölkerungsschichten zunehmend negativ besetzt. Im Zuge der Finanzkrise sind auch Schattenhaushalte und Nebenbilanzen in Mißkredit geraten,. Infolge der deutlich gewordenen immensen Verluste im Zuge von CBL (cross border leasing) hat ebenfalls eine Sensibilisierung stattgefunden, es wurde deutlich, dass 1000-seitige Verträge und 30-jährige Laufzeiten enorme Fußangeln beinhalten können. Gleichzeitig werden (Teil-)Verstaatlichungen und Rekommunalisierungen wieder modern. PPP, öffentlich – private Partnerschaften werden bei sehr verwandten Inhalten nach wie vor unkritisch oder positiv gesehen. Die Kommunen lassen sich mit PPP mit einer zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeit ködern, die ihnen wegen der Begrenzung ihrer Verschuldung sonst verwehrt bliebe. PPP wird weiterhin kaum als Privatisierung und kaum als Form von Schattenhaushalt oder Verschuldung angesehen, der Bezug zu CBL wird oft nicht gesehen.

Strategie der PPP-Befürworter

PPP-Befürworter kommen sehr plüschig daher. Nicht TINA (There Is No Alternative) sondern die „objektive Abwägung“ wird gefordert. Man fordert nicht für alle Schulen, Krankenhäuser und Strassen das Modell, sondern nur für einige, bei denen das Modell nach vorausgegangener Prüfung „passt“. Zudem wird immer von „Versuchen“ gesprochen und mit „Pilotprojekten“ das potential „ausgelotet“.

Die Mausefalle ist die sogenannte Wirtschaftlichkeitsprüfung. Solche Prüfungen aus der voreingenommenen Beraterbranche fallen immer pro PPP aus. Es muss daher in jedem Einzelfall verhindert werden, dass solche Prüfung überhaupt in Auftrag gegeben wird. PPP sucht sich mit positiven Begriffen zu verbünden: Partnerschaft (Bild: Händedruck), Nachhaltigkeit und Lebenszyklusbetrachtung sind zentrale Propaganda-Schlagworte.

Förderung von PPP durch Bundespolitik und Länderpolitik

PPP wurde und wird von der Bundespolitik massiv gefördert. Rot-Grün hatte am Ende ihrer Amtszeit noch das PPP-Beschleunigungsgesetz verabschiedet. Schwarz-Rot hat die Pro-PPP-Politik nahtlos fortgeführt und ein PPP-Vereinfachungsgesetz eingebracht. Zudem wurden zahlreiche „Pilotprojekte“ mit Bundesautobahnen und anderen Objekten aus Bundesvermögen (darunter sogar einer Kaserne) initiiert.

Es wurden eine PPP-Task-Force und ein PPP-Lenkungskreis eingerichtet, die in eine feste PPP-Institution mündeten, die (gleichfalls teilprivatisierte) „Partnerschaften Deutschland AG“.

Mindestens ebenso bedeutend sind die in fast jedem Bundesland vertretenen staatlich geförderten oder direkt den Ministerien unterstellten PPP-Netzwerke und PPP-Kompetenzzentren.

Überwindung der Vereinzelung, Bündelung der Kräfte

Der Kampf gegen PPP nimmt bereits in vielen Kommunen stark zu. Die Vielfalt ist jedoch gleichzeitig eine Form von Zersplitterung. Kommunale Auseinandersetzungen verbinden sich kaum mit bundesweiten Kampagnen, und auch sektoral teilt sich der Widerstand auf in Experten für Wasser, Strom, Verkehr etc. Der Widerstand gegen PPP benötigt daher eine gemeinsame bundesweite Presse- und Kampagnenarbeit, in der Erfahrungen übertragen und Handlungen bundesweit koordiniert werden.

2. Antragsteller

Wer: bundesweite Kampagne gegen PPP in attac

Initiiert von:

- AG „Argumente“ von attac Berlin (betreiben die Internetseite www.ppp-irrweg.de und die Mailingliste ppp@listi.jpberlin.de, verschicken den Newsletter der PPP-Irrweg-Kampagne, machen Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat sowie organisieren im Rahmen der PPP-Irrweg-Kampagne 3-4 jährliche bundesweite Treffen sowie Telefonkonferenzen mit den Bündnispartner_innen je 2 Wochen.)
- AG Privatisierung in attac
- Gerlinde Schermer, aktive Expertin zu PPP, beteiligt an der Verhinderung mehrerer PPP-Projekte an Schulen in Berlin, federführend beteiligt am Widerstand gegen die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe
- Werner Rügemer, bekannter Privatisierungskritiker und Autor der Bücher „»Heuschrecken« im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments“, „Privatisierung in Deutschland“

Bündnismitglieder:

- APRI-Netzwerk (25 kommunale Anti-Privatisierungsinitiativen, betreiben die Internetseite www.kommunal-ist-optimal.de und die mailingliste apri@listi.jpberlin.de, etwa zwei bundesweite Treffen jährlich)
- Bündnis Bahn für Alle (inzwischen 18 Mitgliedsorganisationen, über Antrag Robin Wood durch die Bewegungsstiftung gefördert in 2007)
- Water Makes Money (Filmprojekt gegen Wasserprivatisierung, <http://watermakesmoney.com>)

Was bisher geschah:

- PPP-Workshop mit 50 Teilnehmern auf dem Kapikon
- PPP-Workshop mit 40 Teilnehmern auf der SOAK 2009
- Bundesweites Kampagentreffen in Kassel am 3. und 4.10.09
- Treffen mit potentiellen Bündnispartnern am 13.10.09
- 3 Pressemitteilungen zu PPP seit dem 03.10.09

3. Ziele

Übergreifend:

- Ausverkauf des öffentlichen Eigentums bremsen, Plünderung der öffentlichen Haushalte verringern
- Bedeutung von öffentlichen Diensten und öffentlichem Eigentum für das Funktionieren von Demokratie und allgemein zugänglicher Daseinsvorsorge stärker in der Politik verankern
- Öffentliche Dienste und öffentliches Eigentum als Wege zum Schließen der Schere zwischen arm und reich etablieren
- Bewusstsein für die öffentliche Dienste und das öffentliche Eigentum als einen zentralen Schlüssel für den Stopp am Raubbau an der Natur schaffen
- An der Demokratisierung bestehender öffentlicher Dienste mitwirken
- öffentliche Dienste aus der Klammer der kurzsichtigen mikroökonomischen Verwertungsmechanismen befreien

Bezogen auf das Privatisierungsmodell PPP:

- PPP als zu Lasten der Gemeinschaft gehenden Mechanismus entlarven, insbesondere
 - PPP als „Futter für die nächste Spekulationsblase“ entlarven
 - PPP als Form von Privatisierung entlarven
 - PPP als Form von versteckter Verschuldung entlarven
- laufende PPP-Vorhaben stoppen
- neue PPP-Vorhaben in der Frühphase verhindern
- PPP-freundliche Gesetzgebung verhindern

4. Aktivitäten

Aufbau / Mobilisierung einer bundesweiten Kampagne „PPP-Irrweg“ auf der Basis von verschiedenen Gruppen und Aktivist_innen

- regelmäßiger Rundbrief über die ppp@listi.jpberlin.de und andere nahestehende mailing-listen (APRI, attac-priv-AG, Bahn für Alle, Water Makes Money, insges. ca. 15.000 Adressen)
- Aufbau und Pflege der Internetseite www.ppp-irrweg.de (für Aktive und Interessierte)

Entwicklung von bundesweit verwendbaren Kampagnenmaterial, Slogans und Aktionsideen

- Fortentwicklung des bestehenden Flyers und bestehenden Aufklebers
- Entwicklung von Slogans unter Ausnutzung des Kürzels PPP
- Entwicklung einfacher bildgebenden Aktionen für Fotoredaktionen
- Entwicklung eines einfachen Massenmittels für die lokalen Gruppen zum Anbringen einer prägnanten, wiedererkennbaren PPP-Kritik im öffentlichen Raum

bundesweite Koordination und Zusammenführung von Inhalten

- Aufbau einer Datenbank zu lokalen und bundesweiten PPP-Erfahrungen und -Akteuren
- Entwicklung einer Argumente-Sammlungen, Entkräftung der zahlreich publizierten Argumente-Sammlungen der PPP-Befürworter
- Erarbeitung eines Muster-Vortrags zu PPP für Kommunalpolitiker_innen
- Begleitung von besonderen PPP-Ereignissen durch tagesaktuelle Pressearbeit

zentral angeregte oder durchgeführte Aktionen

- spektakuläre Auftaktaktion mit Bildwirkung (Anlass Jahrestagung von BPPP am 19.11.2009 in Berlin)
- öffentliche Aktionen zu bundesweiten PPP-Anlässen
- Anregung und Koordination einer bundesweiten Aktionswoche
- Koordination einer Unterschriften-Sammlung
- Bundesweite Bündnisarbeit mit dem Ziel der Verbreiterung der Kampagne
- öffentliche Kundgebung zum Abschluss der Kampagne

5. Strategie

Wie

- Forderung nach Transparenz
- PPP als Instrument in Misskredit bringen
- Wirtschaftlichkeitsgutachten als interessengesteuert entlarven
- PPP-Gesetze in der Entstehung verhindern

Wann

- seit dem Sommer 2009

Warum

- Forderung nach Transparenz: Kein PPP-Vertrag ist bisher öffentlich. Über die extreme Geheimhaltung kann das Misstrauen von Entscheidern geweckt werden
- PPP als Instrument in Misskredit bringen: PPP ist auf ein positives Image angewiesen. Die große Summe von PPP kommt nicht durch eine einmalige zentrale Entscheidung, sondern durch die Summe von hunderten einzelner Gremienentscheidungen zustande. Ein als Betrugsversuch, als teuer, als starr oder als interessengesteuertes Instrument sollte sich nicht flächendeckend durchsetzen können.
- Wirtschaftlichkeitsgutachten als interessengesteuert entlarven: Gutachten, die über einen Zeitraum von dreißig Jahren Gewinn- und Verlustrechnungen anstellen, sind hochgradig spekulativ und bieten zahlreiche Parameter zur Manipulation. Die beauftragten Berater sind alles andere als unabhängig. Rechnungshöfe dürfen erst nach der Vertragsunterzeichnung aktiv werden und sind somit zahnlos. Wenn erreicht werden kann, dass die Entscheider sich mit eigenem Sachverstand der Frage widmen, können PPP-Projekte verhindert werden.
- PPP-Gesetze in der Entstehung verhindern: Zu Zeiten des ersten PPP-Gesetzes wusste noch kaum jemand, was das ist. Wenn nun insbesondere die Umsatzsteuerbefreiung für PPP in den Koalitionsvertrag und dann in einen Gesetzesentwurf geschrieben wird, kann aufbauend auf dem wachsenden Misstrauen gegenüber PPP der Widerstand der Gewerkschaften (insbesondere ver.di und GEW) sowie wertkonservativer Verbände (Städte- und Gemeindebund, Rechnungshof, Verbraucherverbände) mobilisiert werden.

Ausgaben- und Finanzierungsplan

<i>Position</i>	<i>Betrag</i>
Ausgaben	
20 h wöchentlich auf Honorarbasis (1500 € / Monat), 6 Monate	9.000 €
Aktionsmaterial (Transparente, Sticker)	1.000 €
Printmaterial (Flyer, Aufkleber, Info-Mappen)	2.500 €
Fahrtkosten Aktive	1.000 €
Büromiete und Telefon (6 Monate * 75 Euro)	450 €
Infrastruktur (PC, Telefon, Software)	200 €
Externe Dienstleistungen (PC-Administration, Grafik für Flyer)	200 €
Film (Techniker)	300 €
Speakerstour	1.500 €
Summe Ausgaben	15.950 €

Einnahmen	
Bewegungsstiftung	3.000 €
Bündnispartnereinlagen (Ver.di, GEW, SPD, die Linke, die Grünen) 5x100 €	500 €
Spendenaufruf an ca.10.000 mailadressen, Rücklauf 1 % a 20 €	2.000 €
Bündniseinlagen lokale Initiativen 5 x 100 €	500 €
Summe Einnahmen	6.000 €

Unterdeckung	9.950 €
---------------------	----------------